



Präambel

Die industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) ist ein unverzichtbarer Eckpfeiler für die Zukunftsfähigkeit des deutschen Gesundheitssystems. Um die Versorgungssicherheit und Innovationskraft Deutschlands in den Bereichen Pharma, Medizintechnik, Diagnostik und Health-IT zu stärken, ist eine engagierte politische Unterstützung erforderlich. Nur durch eine umfassende Strategie können die Potenziale der iGW für den Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Souveränität und die Gesundheit der Bevölkerung genutzt werden. Diese Strategie sollte im Schulterschluss von Politik und Gesundheitswirtschaft von folgenden Grundsätzen ausgehen:

- Wir arbeiten für ein für die Gemeinschaft bezahlbares Gesundheitswesen, in dem Innovationen frühzeitig ihren Platz bekommen.
- Wir gestalten das Gesundheitssystem mit seinen Strukturen zukunftsorientiert.
- Wir fördern Innovationen im Gesundheitssystem und sichern deren Zugang in die Versorgung.
- Wir entwickeln eine Strategie für die industrielle Gesundheitswirtschaft auf Basis der bestehenden Pharmastrategie.
- Wir wollen gemeinsam mit politisch Verantwortlichen für den Standort Deutschland Ziele für die medizinische Versorgung, die Forschung und Entwicklung, die Prävention und die Innovation für das Jahr 2040 definieren. Diese Ziele müssen mit konkreten Innovationsclustern sowie Finanzmitteln unteretzt werden.

Mit Blick auf die Bundestagswahl im Februar 2025 fordern wir für die kommende Legislatur eine konsequente Förderung der Forschung, des nachhaltigen Wachstums und von Innovationen in der iGW.

Forderungen an die Politik - Forschung und Innovationen stärken

1. Förderung der Grundlagenforschung und Translation: Der Aufbau spezialisierter Beratungszentren und die Förderung des unternehmerischen Handelns an Hochschulen und Instituten sind essenziell, um die Translation von Forschungsergebnissen in die Praxis zu beschleunigen.
2. Verbesserung der Finanzierung klinischer Studien: Studienzentren sollten personell und finanziell besser ausgestattet und einheitliche Preisstrukturen eingeführt werden, um klinische Studien zu erleichtern und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.
3. Vereinfachung der Genehmigungsprozesse: Die Einführung einheitlicher Standards und die Schaffung einer Bundesethikkommission, um Genehmigungsfristen zu verkürzen und Innovationsbarrieren abzubauen.
4. Förderung von Rotationsprogrammen zwischen Industrie und Wissenschaft: Austauschmöglichkeiten und die Ansiedlung internationaler Spitzenkräfte in Deutschland sollten gezielt unterstützt werden, um einen Wissens- und Innovationstransfer zu gewährleisten.
5. Bildung und Weiterbildung stärken: Zukunftsorientierte Studiengänge im Gesundheitswesen und gezielte Fortbildungsprogramme sind notwendig, um Fachkräfte für kommende Herausforderungen im Gesundheitssektor zu qualifizieren.
6. Datenmanagement und -Zugang: Skalierbare Lösungen und standardisierte Zugriffsmöglichkeiten sind für die zunehmende Menge an Gesundheitsdaten notwendig, um den hohen Anforderungen an die Speicherung, Verwaltung und Analyse, sowie der Struktur der Daten gerecht zu werden.

Forderungen an die Politik - iGW-Wachstumspotenziale heben

1. Stärkung der industriellen Souveränität: Anreize zur Produktion kritischer Gesundheitsprodukte in Deutschland oder der EU müssen geschaffen werden, um die Resilienz der Versorgung zu erhöhen.
2. Bürokratieabbau und Reduktion unrealistischer Auflagen: Unnötige bürokratische Hürden sind abzubauen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit und eine verlässliche Patientenversorgung sicherzustellen.
3. Etablierung einer Impact-Bewertung für neue Gesetze: Neue Regelungen sollten auf ihre wirtschaftlichen und versorgungstechnischen Auswirkungen geprüft werden, um negative Effekte auf die Branche zu verhindern und langfristige Planungssicherheit zu fördern.
4. Förderung von Forschungs-Innovationsclustern: Gezielte Investitionen und Vernetzung von Pharma, Medizintechnik, Diagnostik und Health-IT zur Schaffung von Innovationsclustern, um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu ermöglichen.
5. Reduzierung verpflichtender Lagerhaltungsvorschriften (ALBVG): Die verpflichtende Lagerhaltung sollte angepasst werden, indem mit finanzieller Förderung oder einer Anpassung der Rabattverträge die Belastungen für Unternehmen reduziert werden.
6. Entschärfung EU-Kommunalabwasserrichtlinie: Die EU-Kommunalabwasserrichtlinie bedroht die Medikamentenversorgung erheblich. Es geht um Mikroverunreinigungen über Haushaltsabwässer, nicht um Produktionsabwässer. Die einseitige finanzielle Belastung der Arzneimittellindustrie birgt unvorhersehbare Risiken. Das bereits unter Engpässen leidende System darf nicht weiter belastet werden. Die Kosten auf EU-Ebene wurden viel zu niedrig geschätzt und sind nachweislich höher. Der Finanzierungsmechanismus muss dringend überarbeitet werden.

Forderungen an die Politik - Zugang zu Innovationen und Versorgung sicherstellen

1. Anpassung der Preisregulierung: Flexible Preisregulierungsmodelle für Arzneimittel sind erforderlich, die sowohl Kosteneffizienz als auch Innovationsförderung ermöglichen, um Versorgungssicherheit und den Zugang zu Innovationen zu gewährleisten.
2. Beschleunigung der Marktzugänge für MedTech-Innovationen: Die Einführung eines politischen Key Performance Index (KPI) für den Marktzugang medizintechnischer Innovationen, um die Attraktivität des europäischen Marktes zu erhöhen und Abwanderung zu verhindern.
3. Initiierung eines Innovationsdialoges im Bundeskanzleramt: Dieser könnte zugleich als Frühwarnsystem und als Plattform für die Erörterung von Innovationen dienen, um neue Technologien rechtzeitig zu identifizieren und ihren potenziellen Nutzen für das Gesundheitssystem zu bewerten.
4. Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Evidenzlagen in der EU: Verstärkter Austausch von Evidenzdaten, um die Markteintrittsbarrieren in Europa zu senken und Deutschland im internationalen Wettbewerb zu stärken.
5. Stärkung der gesundheitlichen Eigenverantwortung: Die Einführung von Bonussystemen für präventives Verhalten, die Verbesserung der gesundheitlichen Grundbildung sowie die Ausweitung der Selbstmedikation sind entscheidend, um die Eigenverantwortung der Patienten zu fördern und langfristig Kosten im Gesundheitssystem zu senken.

6. AMNOG gute Grundlage für Weiterentwicklung: Es kann als Ausgangspunkt beispielsweise für eine Implementierung der Ergebnisse des europäischen Nutzenbewertungsverfahrens in nationale Vorgaben oder hin zu einem flexibleren ANMOG „innovativ“, das vorhanden Evidenz berücksichtigt, für Innovationen wie im Bereich Zell- und Gentherapien dienen.

7. Abschaffung der automatischen Substitution von Biosimilars: Die automatische Substitution von Biologika verschärft im hochsensiblen Therapieumfeld mit biotechnologischen Arzneimitteln den Kostendruck massiv und gefährdet damit nachhaltig die Versorgungssicherheit. Konsolidierungen in den Produktions- und Lieferketten und neue strategische Abhängigkeiten werden die Folge sein. In einem Marktmodell mit Rabattverträgen, in dem nur der preisgünstigste Hersteller den Marktzugang der Krankenkassen erhält, wird europäische Produktions- und Entwicklungsleistung irreversibel verdrängt. Eine Ausweitung der Biologika-Substitution über den aktuellen Umfang für parenterale Zubereitungen hinaus muss gesetzlich unterbunden werden. Gezielte Investitionsförderungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von deutschen bzw. europäischen Standorten können parallel einen wichtigen Beitrag zur Standortstärkung leisten und die Versorgung langfristig sichern.

Fazit

Um das Gesundheitssystem für die Zukunft zu rüsten, müssen Politik und Wirtschaft gemeinsam die Forschungslandschaft, die Innovationskraft und den Zugang zur Versorgung stärken. Die hier formulierten Forderungen sind konkrete Lösungsansätze, um die iGW in Deutschland zu einem internationalen Vorreiter zu entwickeln und zugleich die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung langfristig zu sichern.